NACHRICHTEN
Österreich

05. März 2025

EU-Gipfel: Österreich fordert gerechten Frieden für die Ukraine!

EU-Staats- und Regierungschefs beraten heute über Ukraine-Konflikt und europäische Verteidigung. Österreich fordert gerechten Frieden.

Villach, Österreich - Am 5. März 2025 fand im EU-Hauptausschuss eine zentrale Sitzung statt, in der die neuen Regierungsmitglieder unter der Leitung von Bundeskanzler Christian Stocker, Europaministerin Claudia Plakolm und Außenministerin Beate Meinl-Reisinger die Herausforderungen des Ukraine-Kriegs erörterten. Stocker betonte die Dringlichkeit eines „nachhaltigen und gerechten“ Friedens sowie die Notwendigkeit von Verhandlungen mit „allen Akteuren“, einschließlich der Ukraine selbst, wie auch von **orf.at** berichtet. In diesem Kontext wurde auch die Unterstützung des US-Präsidenten Donald Trump für Friedensverhandlungen thematisiert, jedoch warnte Stocker, dass kurzfristige Ziele nicht auf Kosten langfristiger Stabilität verfolgt werden dürften.

Während die FPÖ vehement gegen weitere finanzielle Unterstützung für die Ukraine auftrat, was als eine Verlängerung des Konflikts gewertet wurde, bekräftigte die Bundesregierung die Notwendigkeit, ein einheitliches europäisches Vorgehen zu zeigen. Plakolm und Meinl-Reisinger forderten eine selbstbewusste EU-Strategie, die auch Sicherheitsgarantien für die Ukraine in Betracht zieht. Die Ministerin plädiert dafür, dass Europa „nicht zum Spielball globaler Mächte“ werden dürfe, sondern selbst Verantwortung für seine Sicherheitsinteressen übernehmen müsse, wie **apa.at** festhält.

Dringlichkeit der Friedensverhandlungen

Meinl-Reisinger stellte klar, dass der Krieg nicht bloß um Territorien, sondern um die Souveränität der Ukraine und den Lebensstil in Europa gehe. Der Druck auf Europa wuchs, und sie forderte eine Reform der Sicherheitsarchitektur, um die europäische Verteidigungsfähigkeit zu stärken. Parallel dazu äußerte die FPÖ scharfe Kritik an den Verhandlungen zwischen den USA und Russland, was ihrer Meinung nach nicht im besten Interesse der Ukraine sei. Diese unterschiedlichen Meinungen verdeutlichten die Spannungen innerhalb der EU und die Notwendigkeit einer klaren, gemeinsamen Strategie.

Die Herausforderung, mit der die neue Bundesregierung konfrontiert ist, wurde durch die aktuellen Entwicklungen in der Diplomatie und die unterschiedlichen Sichtweisen über finanzielle Unterstützung und militärische Hilfe an die Ukraine weiter verstärkt. Das Gefühl einer Dringlichkeit zeigt sich in den Diskussionen über Sicherheitsgarantien und die integrative Rolle der Ukraine in zukünftigen Friedensgesprächen – ein Thema, das jetzt im Mittelpunkt der europäischen Agenda steht.

Details	
Vorfall	Terrorismus
Ort	Villach, Österreich
Verletzte	1
Quellen	• **www.ots.at** • **orf.at**

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at